

# Finanzpolitische Zukunftsperspektiven : Sozialpolitik ist mehr als Sozialversicherung

Autor(en): **Göpfert Faulstroh, Lynne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Fachzeitschrift Heim**

Band (Jahr): **68 (1997)**

Heft 7

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-812346>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Finanzpolitische Zukunftsperspektiven

# SOZIALPOLITIK IST MEHR ALS SOZIALVERSICHERUNG

Von Lynne Göpfert Faulstroh

**Der politische Druck, dem der Sozialstaat immer stärker ausgesetzt ist, fordert zu Überlegungen heraus, ob der vielerorts vorgeschlagene Leistungsabbau einzuschränken oder zu verhindern sei. Um konkrete Vorschläge ging es bei einem Podiumsgespräch, zu welchem die Informationsstelle des Zürcher Sozialwesens Experten eingeladen hatte.**

Die Frage, die sich im Sozialwesen stellt heisst: «Aufbau, Abbau oder Erhaltung». Nationalrätin *Christine Goll* listete dazu das Finanzierungssystem kurz auf: Das Geld, das heute in der Schweiz für soziale Ausgaben zur Verfügung steht, kommt zu 66 Prozent aus den Lohnprozenten. Die Beiträge des Bundes gehen zu 45 Prozent an die AHV, zu 26 Prozent an die IV, 20 Prozent erhalten die Krankenversicherungen, 5 Prozent werden für Ergänzungsleistungen aufgewendet, 3 Prozent kostet die Militärversicherung und 1 Prozent machen die Familienzulagen in der Landwirtschaft aus. Im politischen Streit um die Zukunft des Sozialstaates, so meinte sie, müsse man darüber nachdenken: «Welchen Sozialstaat wollen wir uns leisten, welchen können wir uns leisten und welchen müssen wir uns leisten?»

*Hans Rudolf Schuppisser*, Sekretär des Schweizerischen Arbeitgeberverbands gab zu bedenken, dass Sozialpolitik mehr als Sozialversicherung sein müsse, «denn mit Geld kann man nicht alle Probleme lösen». Er bemängelte die zunehmende Belastung der aktiven Generation und die Tendenz der Bürger, Probleme dem Staat aufzubürden. Lösungen sucht er in der Überprüfung der Leistungen, im Abbau von Doppelspurigkeiten und in der Entschärfung der Teuerungs- und Teuerungsdynamik. Als «übergeordnete Priorität» aber sieht er die Förderung der Beschäftigungslage.

*Colette Nova*, zuständig für die Sozialpolitik beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, ist überzeugt, «dass sich die Sozialhilfe grundsätzlich bewährt hat». Im Gegensatz zu Schuppisser, der sich gegen neue Lohnprozente aussprach, findet sie dieses Vorgehen gut. Das Rentenalter möchte sie aber nicht erhöht wissen, solange es Arbeitslose gibt. Wieviel Sozialstaat also soll sich die Schweiz leisten? *Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist* kennt das Sozialwesen auf jeder Stufe und sieht von dieser Warte aus, dass «der Staat sozial

gut ausgebaut ist». Im letzten Jahr wurden 12 Milliarden Franken vom Bund für die Wohlfahrt ausgegeben, das sind 10 Prozent mehr als im Vorjahr. Trotzdem macht ihr die Entwicklung Sorgen, denn «die Wirtschaft zeigt nicht das gleiche Wachstum wie die Ausgaben der Sozialwerke». *Christine Egerszegi* ist daher der Meinung, dass «man alle Leistungen ansehen und schauen muss, welcher Versicherung das Geld zugewiesen werden soll». Wer durch das gut ausgebaute Sozialnetz falle, müsse aufgefangen werden. «Das Netz ist sicher», meint die Nationalrätin und fordert konkret, die Leistungsseite der Sozialversicherung so rasch wie möglich zu überprüfen, um feststellen zu können, wo fortgefahren werden und wo korrigiert und wo gespart werden muss. Dann «kann sich der Staat auch den Gedanken leisten, dass nicht nur

die materielle Basis, sondern auch die persönliche Sicherheit und Geborgenheit im Leben zählt».

Im Augenblick sieht *Monika Stocker*, Stadträtin aus Zürich und Vorsteherin des Sozialdepartementes, weder ein Ab- noch Aufbauen, sondern «mehr ein Verschieben». Hinter der ganzen Auseinandersetzung fürchtet sie die Frage lauern «was gehen wir einander noch an?» Auf dieser Ebene scheint ihr die Existenzsicherung ein umfassendes Problem zu sein. «Der Individualismus muss an die Partnerschaft angedockt werden, und zwar im weitesten Sinne.» Im sozialen Netz ist ihrer Meinung nach das Thema der Gemeinschaft von einer hohen Präferenz. «Jeder Mann und jede Frau sollte einen Beitrag an die Gesellschaft leisten.» Dass dies nicht überall realisiert wird, glaubt auch *Christine Egerszegi*. «Aber wem muss man wegnehmen und wem geben?» fragte *Colette Nova*. «Grundsätzlich müsste dieses Geben und Nehmen von reich zu arm funktionieren» gab *Schuppisser* zu, doch «können die Arbeitgeber nicht noch mehr belastet werden, wollen sie konkurrenzfähig bleiben». ■

## DEM ALTERN AUF DER SPUR

**Jedes Lebewesen altert, und niemand kann diesen Prozess aufhalten. Wer oder was bestimmt die Zeit, die ein Tier oder ein Mensch auf Erden verbringen darf? Bis heute sind darüber nur Spekulationen möglich.**

Damit ein Lebewesen überhaupt lebensfähig ist, braucht es Nahrung und natürlich auch Luft. Die Nahrung wird in lebenserhaltende Energie umgewandelt. Eine Theorie über das Altern besagt, dass jedes Tier und jeder Mensch über eine «Energie-Umsatz-Limite» verfügt. Das bedeutet, dass jeder nur eine bestimmte Menge an Energie verbrauchen kann. Ob er dies schnell oder langsam tut, ändert nichts am «Umsatz-Total». Diese Theorie basiert auf einer Beobachtung aus dem Tierreich: Kleine Tiere mit einem – in bezug auf ihre Körpermasse – hohen Energie-Umsatz haben eine geringe Lebenserwartung (Goldhamster zum Beispiel zwei bis drei Jahre), grosse Tiere mit einem niedrigen Energie-Umsatz eine hohe Lebenserwartung (Elefant bis zu 50 Jahre). Der Grund: Bei jedem Verbrauch von Energie entstehen Abfallprodukte und Giftstoffe. Dies geschieht nicht nur, wenn man zu Heizzwecken Kohle oder Erdöl verbrennt, sondern auch dann, wenn der Körper Nahrung verbrennt, um seine Funktionen aufrechtzuerhalten. Und genau so, wie die Kohle- und Erdölschlacken die Natur und Umwelt belasten, so belasten auch die körpereigenen «Abfälle» den Organismus und tragen zum Älterwerden bei.

Einer anderen Theorie zufolge wird das Lebensalter durch das Erbgut bestimmt. Dies würde erklären, warum eine Fledermaus etwa fünf- bis zehnmal länger lebt als eine «ungeflügelte» Feldmaus von etwa der gleichen Grösse. Es ist anzunehmen, dass weder die «Energie-» noch die «Gen-Theorie» ganz richtig oder ganz falsch ist. Die Wahrheit wird wohl in einer Kombination von beiden liegen.

PHARMA INFORMATION